



Sozialausschuss  
Der Vorsitzende

Kiel, 4. Juni 2021  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1142  
(0431) 988 1171  
Fax (0431) 988 610 1180  
Sozialausschuss@landtag.ltsh.de

## Kurzb e r i c h t

über die 73. Sitzung des **Sozialausschusses**

am Donnerstag, dem 3. Juni 2021, 14:00 Uhr  
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

**1. Bericht der Landesregierung über die aktuelle und zukünftige Situation der Medizinischen Klinik Borstel**

Antrag der Abg. Birte Pauls (SPD)

[Umdruck 19/5912](#)

Zu Beginn seiner Sitzung nahm der Sozialausschuss einen Bericht von Wissenschaftsstaatssekretär Dr. Grundeis über die aktuelle und zukünftige Situation der Medizinischen Klinik in Borstel entgegen. Es schloss sich eine Diskussion an.

**2. Aktueller Sachstand zur Ausbreitung des Coronavirus**

Bericht des Ministers für Soziales, Gesundheit, Familien, Jugend und Senioren

Sodann ließ sich der Ausschuss durch Sozialminister Dr. Garg über den aktuellen Sachstand zur Ausbreitung des Coronavirus berichten. Es schloss sich ebenfalls eine Diskussion an.

**3. Situation von Pflegefamilien in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/2542](#)

Nachdem von den Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD und SSW eine von der SPD beantragte Durchführung einer mündlichen Anhörung zum Bericht der Landesregierung abgelehnt worden war, empfahl der Ausschuss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Fraktion der SPD und des Abgeordneten des SSW dem Landtag die Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung.

**4. Kliniken und Intensivstationen nachhaltig stärken**

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2730](#)

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**5. Kinder und Jugendliche in der Pandemie besser unterstützen**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/2864](#)

**Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie stärker berücksichtigen und Teilhabe sichern**

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2891](#)

Der Ausschuss empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der SPD den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, [Drucksache 19/2864](#), zur Annahme. Den Alternativantrag der Fraktion der SPD empfahl er mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und des Abgeordneten des SSW zur Ablehnung.

**6. Beiträge für die Pflegeberufekammer übernehmen**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2967](#)

Der Ausschuss empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD und SSW den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/2967](#), zur Ablehnung.

**7. Bericht der Landesregierung über die weitere Einbindung der Berufsgruppe der Pflegenden und der Pflegefachverbände in die fachliche Gremienarbeit der Landesregierung und auf Landesebene nach Auflösung der Pflegeberufekammer**

Antrag der Abg. Birte Pauls (SPD)

[Umdruck 19/5912](#)

Auf Antrag der Abg. Birte Pauls, [Umdruck 19/5912](#), nahm der Ausschuss einen Bericht der Landesregierung über die weitere Einbindung der Berufsgruppe der Pflegenden und der Pflegefachverbände in die fachliche Gremienarbeit der Landesregierung auf Landesebene nach Auflösung der Pflegeberufekammer entgegen.

**8. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Selbstbestimmungsstärkungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/2941](#)

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 19/2941](#), beschloss der Ausschuss, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende gegenüber dem Geschäftsführer bis zum 18. Juni 2021 zu benennen. Der Ausschuss bat gleichzeitig die Landesregierung, die Ergebnisse der Kabinettsanhörung dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

9. **Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb des elektronischen Gesundheitsberuferegisters als gemeinsame Stelle der Länder zur Ausgabe elektronischer Heilberufs- und Berufsausweise sowie zur Herausgabe der Komponenten zur Authentifizierung von Leistungserbringerinstitutionen sowie zur Änderung des Heilberufekammergesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/2949](#)

Den Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 19/2949](#), empfahl der Ausschuss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und des SSW bei Enthaltung der Fraktion der SPD dem Landtag zur Annahme.

10. **Aktion #freieFahrtfürFreiwillige**

Zur Aktion #freieFahrtfürFreiwillige tauschte sich der Ausschuss mit Vertreterinnen und Vertretern der Freiwilligendienste aus.

11. **Home-Office steuerlich berücksichtigen**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/2327](#)

**Mobiles Arbeiten gesetzlich regeln**

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2358](#)

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

12. **Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/2843](#)

Den Bericht der Landesregierung „Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte“ nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

13. **Bericht zur Bedarfsanalyse des Hilfeangebotes für gewaltbetroffene Frauen in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/2936](#)

Nachdem der Ausschuss eine von der Fraktion der SPD beantragte Anhörung zum Bericht der Landesregierung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung des SSW abgelehnt hatte, nahm er den Bericht der Landesregierung einstimmig zur Kenntnis.

Im Wege der Selbstbefassung empfahl der Ausschuss dem Landtag einstimmig, den Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, [Umdruck 19/5916](#), zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

**14. Verschiedenes**

Der Ausschuss besprach die Möglichkeit, in der Sommerpause gegebenenfalls informelle Gesprächsrunden der sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprecher mit dem Sozialministerium durchzuführen.

Schluss: 17:50 Uhr

gez. Thomas Wagner